

## Medienmitteilung

### **BJR und RFB fordern einen Berufsbildungsfonds**

*Biel/Neuenstadt, 10. April 2015*

Der Bernjurassische Rat (BJR) und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) wollen die duale Berufsbildung unterstützen. Sie ersuchen die Erziehungsdirektion, einen kantonalen oder regionalen Berufsbildungsfonds einzurichten. Solche Fonds bestehen bereits seit mehreren Jahren in den Kantonen Zürich, Solothurn und Aargau sowie in sämtlichen Westschweizer Kantonen.

Berufsbildungsfonds beruhen auf dem Grundsatz, dass alle Unternehmen einen Beitrag entrichten. Die eingegangenen Mittel werden anschliessend an diejenigen Unternehmen verteilt, die Lehrlinge ausbilden. Mit einem solchen System wird zwischen den ausbildenden und den nicht ausbildenden Unternehmen eine Solidarität geschaffen. Branchen, die bereits einen sektoriellen Fonds eingerichtet haben, sind von der Beitragsentrichtung an den kantonalen oder regionalen Fonds befreit. Der neue Fonds wäre somit subsidiär zu den in gewissen Branchen bereits bestehenden Fonds.

Der nun vorliegende Antrag ist das Ergebnis mehrerer Gespräche, die der BJR und der RFB in den vergangenen Jahren mit der Wirtschaftskammer Biel-Seeland (WIBS) und der Volkswirtschaftskammer des Berner Juras (CEP) geführt haben. Beide Wirtschaftskammern der Region unterstützten das Anliegen von BJR und RFB und sprachen sich ebenfalls für die Bildung eines kantonalen oder regionalen Berufsbildungsfonds aus.

Aufgrund dieser Elemente und der Unterstützung der beiden regionalen Wirtschaftskammern ersuchen der BJR und der RFB nun den Kanton, die Idee eines solchen Berufsbildungsfonds weiterzuverfolgen. Der BJR und der RFB erachten den Zeitpunkt als günstig, sich jetzt mit dieser für die berufliche Ausbildung des Wirtschaftsnachwuchses äusserst wichtigen Frage zu befassen. Die Berufsbildung ist nicht zuletzt eine Lösung im Kampf der Unternehmen gegen die Frankenstärke, da sie zu einer besseren Qualität der Ausbildung, zu einer höheren Produktivität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und somit zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft führt.

Den Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, entstehen aber hohe Kosten, beispielsweise bei der Finanzierung überbetrieblicher Kurse. Diese Situation ist unhaltbar, da Unternehmen, die sich für die berufliche Ausbildung einsetzen, im Gegensatz zu jenen, die dies nicht tun, finanziell bestraft werden. Mit der Bildung eines kantonalen Berufsbildungsfonds und dem solidarischen Beitrag der Unternehmen ohne Lehrlingsausbildung könnte diese heute unbefriedigende Situation bereinigt werden.

### **Weitere Auskünfte erteilen:**

- Lucas Bonadei, Generalsekretär des BJR: Tel. 032 493 70 73
- David Gaffino, Generalsekretär des RFB: Tel. 032 323 28 70